

## **INFOPAPIER ZUR UMSETZUNG DES SICHERHEITSPAKETS**

Nach dem fürchterlichen Attentat eines ausreisepflichtigen Syrers mit drei Todesopfern in Solingen hat die Bundesregierung das sogenannte [Sicherheitspaket](#) beschlossen. Das Paket enthält wichtige Verschärfungen im Bereich des Aufenthalts- und Asylrechts und zur Bekämpfung des Islamismus sowie Maßnahmen, um die Innere Sicherheit in Deutschland zu stärken. Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag setzt sich dafür ein, das Sicherheitspaket nun zügig im Deutschen Bundestag zu beraten und die gesetzlichen Änderungen schnell zu beschließen.

### **Welche Maßnahmen sind im Bereich des Aufenthalts- und Asylrechts geplant?**

Die Bekämpfung irregulärer Migration und schnellere, effektivere Abschiebungen sind Kernstücke des Pakets:

- Wenn in sogenannten Dublin-Fällen feststeht, dass ein anderer Mitgliedstaat der EU für ein Asylverfahren zuständig ist, dann soll es für diese Personen in Deutschland keine weiteren Sozialleistungen geben. Das war überfällig.
- Wer ohne zwingenden Grund in sein Heimatland reist, soll seinen Schutzstatus durch ein Widerrufsverfahren verlieren.
- Die Ausweisung von Menschen, die andere mit einem Messer angreifen oder bedrohen, wird erleichtert. Auch Menschen, die andere aus menschenverachtenden Motiven angreifen, sollen kein Asyl bekommen oder als Flüchtlinge anerkannt werden. Das umfasst Angriffe gegen Menschen wegen ihres Geschlechts, wegen ihrer sexuellen Orientierung oder wegen ihres Glaubens. Die asylrechtlichen Ausschlussgründe werden umfassend verschärft.
- Die Identität von Asylbewerbern ohne Pass soll besser festgestellt werden können, indem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Befugnis erhält, biometrische Daten mit frei verfügbaren Daten aus dem Internet mittels Künstlicher Intelligenz abzugleichen.

### **Welche Regelungen sieht das Sicherheitspaket im Waffenrecht vor?**

Wer Menschen töten will, wird sich durch ein Messer- oder Waffenverbot nicht von seiner Tat abbringen lassen. Trotzdem gibt es Maßnahmen, die zu mehr Sicherheit beitragen können, insbesondere dort, wo viele Menschen zusammenkommen. Mit dem Sicherheitspaket werden die Möglichkeiten zur Einrichtung von Waffen- und Messerverbotzonen ausgeweitet und das Mitführen von Waffen und Messern im Fernverkehr untersagt. Auch der Besitz und Erwerb von Springmessern werden eingeschränkt. Bei allen Maßnahmen sind Ausnahmen bei einem berechtigten Interesse vorgesehen. Daneben werden individuelle Waffenverbote präzisiert und Regelungen zum Datenaustausch zwischen den Behörden erweitert. Auch wird eine Möglichkeit zur vorläufigen Einziehung von Waffen bei Zweifeln an der Zuverlässigkeit oder Eignung des Besitzers geschaffen.

Uns ist wichtig, dass keine dieser Maßnahmen zulasten von Legalwaffenbesitzern geht. Deswegen werden wir im parlamentarischen Verfahren alle Regelungen genau prüfen. Wir unterstützen keine Einschränkungen bei Sportwaffen, keine Verbote von Halbautomaten, keine Regelabfragen bei den Gesundheitsämtern, keine MPU für Jäger und Sportschützen, kein Verbot des Gastschießens und auch keine symbolpolitischen Klingenlänge-Diskussionen. Deswegen sind sie auch nicht Teil des Pakets.

### **Welche neuen Befugnisse erhalten die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden?**

Mit dem Sicherheitspaket werden die Finanzermittlungsbefugnisse des Verfassungsschutzes verbessert. Außerdem wird der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) zur Verbesserung der Ermittlungsarbeit von BKA und Bundespolizei geregelt. Ermittler sollen im allgemein zugänglichen Internet mit Gesichtserkennungssoftware fahnden dürfen. Auch die automatisierte Analyse polizeilicher Daten durch KI wird erlaubt, ebenso wie das Testen und Trainieren von Daten für KI-Anwendungen im Kontext der Datenanalyse. Uns ist sehr wichtig, dass hierbei die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, des europäischen Datenschutzrechts und der KI-Verordnung an diese neue Technik eingehalten werden. Bürgerrechte dürfen nicht unter die Räder geraten. Darauf werden wir im parlamentarischen Verfahren besonders achten.

### **Sind das alle Maßnahmen des Sicherheitspakets?**

Nein. Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien gehören ebenfalls zum Paket. Sie sind zwar herausfordernd, aber möglich. Das hat die Abschiebung von 28 afghanischen Straftätern Ende August nach Kabul gezeigt. Außerdem hat das Bundeskabinett bereits wenige Tage nach Beschluss des Sicherheitspakets ein Gesetz zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften sowie von dem Gemeinwohl dienenden Tätigkeiten beschlossen, das unter anderem der Bundespolizei den Einsatz von Tasern ermöglichen soll. Die Länder sollten hier schnell nachziehen und ihre Polizeien auch den Einsatz erlauben. Und es wurden viele weitere Maßnahmen verabredet, die keine neue Gesetzgebung erfordern. Dazu gehören Maßnahmen gegen den gewaltbereiten Islamismus und weitere exekutive Maßnahmen wie beispielsweise eine Dublin Task-Force, in der Bund und Länder gemeinsam analysieren werden, wie die Regeln des Dublin-Verfahrens effektiver durchgesetzt werden können.

### **Sind noch weitere Maßnahmen denkbar?**

Ja, es ist möglich, noch mehr Schritte zu gehen – und das ist auch notwendig. Deutschland braucht eine Migrationswende. Das bedeutet: wirksame Maßnahmen und echte Lösungen für mehr Ordnung und Kontrolle der Migration. Das gelingt am besten, wenn alle an einem Strang ziehen. Deswegen wollen wir auch mit der demokratischen Opposition sprechen. Die politische Mitte darf dieses Thema nicht den politischen Rändern überlassen. Das ist eine Frage der staatspolitischen Verantwortung. Wir müssen zeigen, dass Migration rechtsstaatlich gesteuert, geordnet und begrenzt werden kann. Dazu müssen weitere Maßnahmen beschlossen werden. Leider haben die Vertreter von CDU und CSU die gemeinsamen Gespräche dazu verlassen. Die Koalition hat einen Plan für effektive Zurückweisungen vorgestellt und darüber hinaus

vorgeschlagen, mit renommierteren und allgemein anerkannten Experten weitere tragfähige Lösungen zu finden. Der Union wurde auch angeboten, ihr Modell, für das sie selbst noch kein konkretes Konzept vorgelegt hat, an einem Grenzabschnitt probeweise einzuführen. Es ist sehr bedauerlich und auch nicht nachvollziehbar, dass die Union darauf nicht eingegangen ist. CDU und CSU sollten es sich noch einmal überlegen und an den Verhandlungstisch zurückkehren. Wir sind bereit, alles zu tun, was rechtlich möglich ist, um das große Problem der ungesteuerten Migration zu lösen. Unsere Vorschläge haben wir in einem Positionspapier zusammengefasst, siehe [hier](#).